



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

RAUMORDNUNGSBERICHT 2005: ABSCHWÄCHUNG DER OST-WEST-WANDERUNG

03.05.2005 Fachinformation

Die Angleichung wichtiger Bereiche der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zwischen Ost und West komme gut voran, wertete Bundesminister Dr. Manfred Stolpe den kürzlich im Bundeskabinett vorgestellten Raumordnungsberichts 2005. Als Trendwende könne man die Abnahme der Ost-West-Wanderungen bezeichnen: Seit 2002 hätten sich die Wanderungsverluste ostdeutscher Regionen von rund 83.000 Personen in 2001 auf rund 58.000 Personen in 2003 abgeschwächt. Dies gelte auch für jüngere Erwerbstätige, die in der Vergangenheit einen großen Teil der Abwandernden ausgemacht haben. In zwei Drittel der Regionen habe sich das Nachhaltigkeitsdefizit seit 1995 verringert. Besonders positiv haben sich in Ostdeutschland die Regionen Mittleres Mecklenburg/Rostock, Magdeburg, Dessau, West- und Südwestsachsen, Chemnitz-Erzgebirge sowie Nord- und Mittelthüringen entwickelt. Seit dem Jahr 2000 sei zudem eine Abschwächung der Wanderung der Menschen von den Städten in das Umland (Suburbanisierung) zu verzeichnen. In den neuen Ländern werde diese positive Entwicklung durch die zunehmende Attraktivität des Wohnens in der Stadt befördert. Umfangreiche Modernisierungstätigkeit und zahlreiche Maßnahmen der Stadterneuerung, unter anderen im Rahmen der Städtebauprogramme des Bundes, hätten hierzu beigetragen. Vor allem junge Menschen, die ihre berufliche Ausbildung oder ein Studium beginnen, wanderten wieder verstärkt in die städtischen Zentren. Die Zufriedenheit mit dem Lebensumfeld, wie Wohnung, Wohnumgebung und Umweltbedingungen, wird von den Menschen im Osten heute als besser eingeschätzt als im Westen. Neben den Maßnahmen und Programmen der Städtebau- und Wohnungspolitik hätten hierzu die Verkehrs- und Raumplanung erfolgreich beigetragen. Dabei verhindere die Bereitschaft der Menschen zu pendeln das Entleeren ganzer Regionen. Der zu beobachtende, deutliche Anstieg der Pendeldistanzen in der großen Mehrzahl der ostdeutschen Regionen sei Ausdruck der Mobilität der Menschen aufgrund anhaltender Arbeitsplatzverluste vor allem in den großstadtfernen, peripheren Regionen der neuen Länder. Nun seien alle Politikbereiche gefordert, auf die zunehmend unterschiedliche demographische und strukturelle Entwicklung in den Regionen zu reagieren. Dabei seien drei Schwerpunkte zu berücksichtigen: 1. Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das heißt, für die am stärksten vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Regionen müssen öffentliche Einrichtungen und Dienste umstrukturiert und angepasst werden. 2. Förderung von Wirtschaftswachstum und Entwicklungsschwerpunkten in den Regionen. Dabei kommt den von den Raumordnungsministern definierten Metropolregionen eine besondere Bedeutung zu. 3. Nachhaltiges Ressourcenmanagement. Das bedeutet eine bessere Abstimmung der Raumordnung bei der überregionalen Abstimmung und Planung.

<https://bbu.de/beitraege/raumordnungsbericht-2005-abschwaechung-der-ost-west-wanderung>